

Hat die AfD in Hanau mitgeschossen? Die deutsche Politik sucht nach Erklärungen für den Anschlag

Nach dem Attentat eines rassistisch motivierten Wirtkopfs werden Vorwürfe laut, die AfD habe den Boden für die Bluttat bereitet. Dabei scheinen Überlegungen der politischen Opportunität wichtiger zu sein als eine seriöse Analyse des Geschehens.

Hansjörg Müller, Berlin

21.02.2020, 17.36 Uhr



Kundgebung für die Opfer des Attentats in Hanau.

Thomas Lohnes / Getty

Nach dem Anschlag von Hanau, bei dem ein Mann zehn Menschen und schliesslich sich selbst erschossen hat, diskutiert Deutschland über mögliche Ursachen der Gewalttat. Der 43-jährige, offensichtlich geistig verwirrte Täter hatte sich in einer von ihm selbst im Internet veröffentlichten Erklärung rassistisch geäußert, die Vernichtung Dutzender Völker gefordert sowie Hass auf Migranten bekundet.

Holger Münch, der Präsident des deutschen Bundeskriminalamts, sprach am Freitag von einer «schweren psychotischen Krankheit» des Schützen. Dieser handelte offenbar allein und war nicht in Netzwerke von Gleichgesinnten eingebunden.

Auch Fragen nach möglichen Versäumnissen der Behörden wurden gestellt. Der Generalbundesanwalt Peter Frank bestätigte, seine Behörde habe bereits im November letzten Jahres Kontakt mit dem Täter gehabt. Damals habe dieser Strafanzeige gegen eine unbekannt geheimdienstliche Organisation gestellt, die «sich in die Gehirne der Menschen einklinkt und dort bestimmte Dinge abgreift, um dann das Weltgeschehen zu steuern». Rassistisch oder rechtsextrem habe sich der Mann in seinem Schreiben nicht geäußert; ein Ermittlungsverfahren sei nicht eingeleitet worden, sagte Frank.

Forderungen an den Verfassungsschutz

Die politische Diskussion verlagerte sich rasch hin zur Rolle der AfD. Lars Klingbeil, der Generalsekretär der Sozialdemokraten, forderte eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. «Da hat einer geschossen, aber es waren viele, die ihn munitioniert haben, und da gehört die AfD definitiv mit dazu», sagte er.

Die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte, sie fühle sich durch die Tat in ihrer Haltung bestätigt, wonach jede Kooperation mit einer Partei ausgeschlossen sei, die «Rechtsextreme, ja, ich sage auch ganz bewusst Nazis, in ihren eigenen Reihen duldet». Die AfD sei «der politische Arm des Hasses», sagte Cem Özdemir, ein Bundestagsabgeordneter und früherer Parteichef der Grünen.

Differenzierter äusserte sich Christian Lindner, der Vorsitzende der FDP: Er sagte, es gebe zwar keine «direkten Linien» zwischen den Ereignissen von Hanau und den Worten von AfD-Politikern, doch bereiteten «Hassreden» wie jene des thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke den Boden für Radikalisierung und Gewalt.

Seehofer: Sehr hohe Gefährdungslage

Der deutsche Innenminister Horst Seehofer nahm am Freitag vor Pressevertretern in Berlin Stellung zu dem Anschlag. Es sei das dritte rechtsterroristische Attentat innerhalb weniger Monate, erklärte er und erinnerte an die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 sowie an den Anschlag auf die Synagoge in Halle, bei dem im Oktober zwei Menschen getötet wurden.

Die Gefährdungslage durch Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sei sehr hoch, sagte Seehofer. Er kündigte eine erhöhte Polizeipräsenz an Bahnhöfen, Flughäfen und an den Grenzen sowie eine verstärkte Überwachung von Moscheen an.

Auch Seehofer deutete eine mögliche Mitverantwortung der AfD an. Aussagen wie jene Alexander Gaulands, eines der beiden AfD-Fraktionschefs im Bundestag, wonach es sich beim Nationalsozialismus um einen «Vogelschiss» in der deutschen Geschichte gehandelt hat, bereiteten einen Nährboden für Taten wie diejenige in Hanau, sagte der Innenminister. Auch Äusserungen, die man von AfD-Abgeordneten im Bundestag höre, stellten «ein Riesenproblem» dar.

Für die AfD war der Täter einfach ein Irrer

Gauland hatte bereits am Donnerstag den Vorwurf zurückgewiesen, seine Partei trage eine Mitschuld an der Bluttat. Es sei schäbig, eine solche Tat zu instrumentalisieren, sagte er. Der Täter sei ein geistig verwirrter Mensch gewesen; Reden von AfD-Politikern, die nun für die Tat mitverantwortlich gemacht würden, seien dem Schützen wahrscheinlich nicht einmal bekannt gewesen. Ähnlich äusserte sich der AfD-Chef Jörg Meuthen; er sprach von der «wahnhaften Tat eines Irren».

Die Kritik an Äusserungen von AfD-Politikern ist in vielen Fällen berechtigt; Gaulands Rede vom «Vogelschiss» etwa stellt zweifellos eine Verharmlosung der Nazi-Verbrechen dar. Irritierend ist allerdings, mit welcher Eile und Selbstverständlichkeit einige Politiker und Kommentatoren nun eine Verbindung zwischen der Partei und den Ereignissen in Hanau herstellen. Dabei scheinen Überlegungen der politischen Opportunität wichtiger zu sein als eine seriöse Analyse des Geschehens. Dass sich rechtsextreme Straftäter von der AfD ermutigt fühlen, ist möglich. Nur gibt es im konkreten Fall keinen Hinweis, der dafür spricht. Soweit bekannt, hat sich der Täter auf keinen Politiker berufen.

Sie können Deutschlandkorrespondent Hansjörg Müller auf Twitter folgen.

Mehr zum Thema

KOMMENTAR

Das Attentat von Hanau – Terror, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt

Innerhalb von wenigen Monaten haben sich in Deutschland drei rechtsradikale Attentate ereignet. Der rechte Terror trifft das Land ins Mark. Die Täter sind Deutsche, keine Migranten wie bei den islamistischen Gewalttaten. Und die Geschichte beschwört unheimliche Bilder herauf.

Eric Gujer 21.02.2020

Grüne fordern Krisenstab und weitere Sofortmassnahmen, Innenminister Seehofer will Polizeipräsenz erhöhen – die neusten Entwicklungen nach dem Anschlag in Hanau

Nach dem Attentat in Hanau spricht der deutsche Generalbundesanwalt von einer «zutiefst rassistischen Gesinnung» des mutmasslichen Täters. In der Nacht zum Donnerstag waren dort zehn Personen getötet worden. Die Polizei fand den Tatverdächtigen und dessen Mutter leblos in seiner Wohnung.

Aktualisiert Hansjörg Müller, Jonas Hermann, Berlin 22.02.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.